



Forderungskatalog zur Berliner Industriepolitik

Wo stehen wir? Was ist erreicht?

Die Berliner Industrie hat in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifende Umbrüche erlebt, stärker als in den meisten anderen deutschen Bundesländern. Auf eine Phase massiven Abbaus von Produktion und Arbeitsplätzen folgten rund 20 Jahre der Stabilisierung. Gleichzeitig sind neue industrielle Kerne entstanden, insbesondere im Bereich digitaler Technologien.

Trotzdem bleibt die Bilanz gemischt: Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten besteht weiterhin eine erhebliche Lücke bei der Zahl der Industriearbeitsplätze.

Die nächste Phase des Wandels hat längst begonnen. Digitalisierung verändert Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle grundlegend, die Energiewende stellt neue Anforderungen an Infrastruktur und Betriebe. Die Veränderungen besonders in der Automobilindustrie treffen Berlin im Ganzen weniger hart als andere Regionen, aber auch hier gibt es teilweise erhebliche Auswirkungen, insbesondere bei Entwicklungsdienstleistern. Gleichzeitig entwickeln sich in Bereichen wie der Digitalwirtschaft neue Wachstumschancen mit erheblichem Potenzial für den Standort Berlin.

Für diese Transformation braucht es eine aktive, moderne Industriepolitik. Bestehende politische Strukturen wie der Masterplan Industriestadt Berlin und der Steuerungskreis Transformation bleiben dabei unverzichtbar. Hier wurden in der Vergangenheit wichtige Grundlagen geschaffen: So unterstützt der Unternehmensservice die bestehenden Unternehmen, und der Stadtentwicklungsplan Wirtschaft sichert notwendige Gewerbeflächen. Gleichzeitig ist klar: Die bisherigen Ansätze reichen nicht mehr aus. Industriepolitik muss konkreter, verbindlicher und wirksamer werden.

Forderungen von IG Metall und Betriebsräten für die Berliner Industriepolitik 2026 bis 2031

1. Respekt vor der Arbeit

Betriebsräte und Gewerkschaften stehen täglich im Austausch und in Auseinandersetzungen mit den Unternehmensleitungen, um Investitionen, gute Arbeitsbedingungen sowie Aus- und Weiterbildung zu sichern. Wir erwarten von der Politik den Respekt für diese Arbeit und konkrete Unterstützung: etwa durch eine gezielte Förderung von Industriearbeitsplätzen und durch eine stärkere Einbindung der Sozialpartner in wirtschaftspolitische Entscheidungen. Eine Politik auf Augenhöhe bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und eine echte Mitsprache der Beschäftigten.

2. Respekt vor der Demokratie

Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen funktioniert nur im Zusammenspiel mit der Demokratie im Ganzen. Die sehen wir unter massivem Druck. Als Betriebsrätinnen und Betriebsräte stehen wir für konkrete Lösungen und gegen Populismus. Wir stehen für

friedliches Miteinander, gegen Ausgrenzung und Hass. Wir fordern von den Parteien, sich mit uns für Zusammenhalt und gegen Spaltung stark zu machen. Denn die entsolidarisierenden Tendenzen behindern die demokratischen Prozesse im Betrieb und gefährden darüber hinaus die Grundfesten unserer Gesellschaft.

3. Ein lebenswertes und sozial gerechtes Berlin

Wohnen wird immer teurer. Berlin hat nicht genug Wohnungen und zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Das vertreibt qualifizierte Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt oder schreckt junge Menschen davon ab, hier eine Ausbildung zu beginnen. Wenn Wohnen kaum noch bezahlbar ist, ist das nicht nur ein ernsthaftes Problem, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ein lebenswertes und soziales Berlin bedeutet aber mehr als nur bezahlbares Wohnen: Dazu gehören z.B. ein bezahlbarer und verlässlicher öffentlicher Nahverkehr, ausreichende Kinderbetreuung, eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie konsequenter Umwelt- und Lärmschutz.

4. Ausbildung: große Stärke – große Sorge.

Qualifiziertes Personal ist die wichtigste „Zutat“ erfolgreicher Industriebetriebe. Wir sehen mit großer Sorge, dass in der Industrie immer weniger Ausbildungsplätze angeboten werden. Stattdessen rückt die klassische duale Ausbildung immer weiter in den Hintergrund. Dabei ist sie eine zentrale Stärke unseres Systems und wesentlich für die langfristige Substanz und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Zusätzlich zu der in Berlin beschlossenen Ausbildungsplatzabgabe fordern wir daher bessere Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler, Investitionen in die beruflichen Schulen und ein Umdenken in den Betrieben.

Attraktive Ausbildung erfordert auch, dass das Umfeld stimmt: Deshalb fordern wir den Aufbau eines Azubi-Werks, das Wohnraum für Auszubildende schafft. Gleichzeitig müssen deutlich mehr Berliner Hochschulabsolventinnen und -absolventen den Weg in die Berliner Industriebetriebe finden – das ist ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Bewältigung des demografischen Wandels. Dafür müssen Hochschulen, Unternehmen und Kammern enger zusammenarbeiten und verbindliche Kooperationsstrukturen aufbauen.

5. Am Ball bleiben – aber alle

In den nächsten Jahren muss die Weiterqualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker in den Blick genommen werden. Das gilt nicht nur für die Industrie, aber hier ganz besonders. Dabei darf Weiterqualifizierung nicht auf akademische Laufbahnen verengt werden, sie muss gerade auch für Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie für Beschäftigte ohne Studienabschluss gezielt ausgebaut werden. Gleichzeitig erwarten wir vom Senat und von den Berliner Hochschulen Initiativen zur Errichtung berufs begleitender Studiengänge, die echte Durchlässigkeit schaffen und Weiterbildung neben dem Beruf ermöglichen.

6. Industrie braucht Platz und Verlässlichkeit

Immer wieder erleben wir, dass Unternehmen bestimmte Fertigungen aufgeben, Arbeitsplätze verlorengehen und versucht wird, mit den Flächen Geschäfte zu machen. Gleichzeitig wird häufig eine Konkurrenz zwischen Industrie und Wohnungsbau behauptet. Aber Berlin braucht beides: ausreichend Wohnraum und starke industrielle Kerne. Hier muss die Politik klar und stabil bleiben. Die ausgewiesenen Gewerbeflächen

müssen für die notwendige wirtschaftliche Entwicklung erhalten bleiben – alles andere wäre ein fatales Signal für den Industriestandort. Ein prominentes Beispiel ist die Sicherung der Flächen des früheren Flughafens Tegel für Forschung und industrielle Nutzung – eine der wichtigsten Infrastrukturentscheidungen in Berlin. Solche Langzeitprojekte brauchen Zeit, Verlässlichkeit und politischen Rückhalt. Sie dürfen nicht ständig in Frage gestellt werden.

7. Wirtschaftsförderung: den Bestand stärken

Wirtschaftliches Wachstum entsteht in Berlin nicht nur durch Neuansiedlungen, sondern vor allem durch die Betriebe, die bereits hier sind. Sie sichern bestehende Arbeitsplätze, entwickeln sich weiter und tragen die industrielle Basis der Stadt. Gleichzeitig stehen insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen vor wachsenden Herausforderungen – von Fachkräftemangel über Transformation bis hin zu steigenden Kosten und bürokratischen Anforderungen. Genau hier setzt gute Wirtschaftsförderung an. Betriebe brauchen verlässliche Netzwerke, gezielte Unterstützung und vor allem konkrete, erreichbare Ansprechpartner. Deshalb ist es wichtig, den „Unternehmensservice“ als praxisnahen und in den Bezirken präsenten Teil der Wirtschaftsförderung zu stärken. Er muss so aufgestellt sein, dass er Unternehmen im Alltag tatsächlich unterstützt und durch die bestehenden Angebote führt – schnell, unbürokratisch und lösungsorientiert.

8. Resilienz stärken

Die Lieferprobleme in den Corona-Jahren, die Folgen des Ukraine-Kriegs und aktuelle geopolitische Konflikte zeigen deutlich: Entwickeln und Produzieren in Europa und in Deutschland ist ein Gebot der Stunde. Es geht darum, Abhängigkeiten zu reduzieren – bei Energie ebenso wie bei zentralen Technologien und kritischer Infrastruktur. Dazu gehört auch, digitale Souveränität zu stärken, also eigene Kompetenzen und verlässliche Strukturen in Bereichen wie Daten, Netzen und IT aufzubauen.

9. Industriepolitik vertiefen und Investitionen zielgerichtet einsetzen

Die bestehenden Formate wie „Masterplan Industrie“ und „Steuerungskreis“ sind eine gute Grundlage – aber sie müssen weiterentwickelt werden. Die industriellen Herausforderungen haben sich deutlich verändert: Transformation, Fachkräftemangel, Energiepreise und geopolitische Risiken erfordern mehr Tempo, klarere Prioritäten und verbindlichere Umsetzung.

Gleichzeitig steht durch das beschlossene Sondervermögen eine erhebliche öffentliche Finanzierung zur Verfügung. Diese Mittel müssen gezielt eingesetzt werden: für moderne Infrastruktur, für Energie, für Netze und für Förderung industrieller Entwicklung.

Entscheidend ist dabei auch, staatliche Investitionen stärker mit der regionalen Industrie zu verbinden, um Wertschöpfung vor Ort zu sichern.

Wir fordern deshalb von allen Parteien und vom neuen Senat ein belastbares Bekenntnis zur Weiterentwicklung der industriepolitischen Aktivitäten – mit klaren Zielen, einer strategischen Nutzung öffentlicher Investitionen und überprüfbaren Ergebnissen.

Liste der Erstunterzeichner:innen:

Neels Wied	Betriebsratsvorsitzende/r	ASML Berlin GmbH
Markus Kapitzke	Betriebsratsvorsitzende/r	BMW Motorradwerk Berlin
Frank Droge	Betriebsratsvorsitzende/r	BSH Hausgeräte GmbH
Stefan Zimmermann	Stellv. Betriebsratsvorsitzende/r	BSH Hausgeräte GmbH
Matthias Huras	Betriebsratsvorsitzende/r	CARIAD SE
Evelyn Pelagia Roland	Stellv. Betriebsratsvorsitzende/r	Cerner Health Service Deutschland
Stefan Schlieper	Betriebsratsvorsitzende/r	Daimler Buses GmbH SC-Berlin
Sabine Labs	Betriebsratsvorsitzende/r	dots Software GmbH
Daniel Martin Bagola	Stellv. Betriebsratsvorsitzende/r	Everllence SE
Martin Schneider	Betriebsratsvorsitzende/r	Georg Neumann GmbH
Tanja Schneider	Betriebsratsvorsitzende/r	IAV GmbH
Jan Franke	Stellv. Betriebsratsvorsitzende/r	IAV GmbH
Predrag Savic	Betriebsratsvorsitzende/r	Innomotics GmbH
Markus Ochmann	Stellv. Betriebsratsvorsitzende/r	Innomotics GmbH, Dynamowerk Berlin
Lars Scheider	Betriebsratsvorsitzende/r	iSi Automotive Berlin GmbH
Viktor Schmidt	Betriebsratsvorsitzende/r	Iveco Nord-Ost Berlin
Martin Zorn	Betriebsratsvorsitzende/r	JENOPTIK Optical Systems GmbH
Fevzi Sikar	Betriebsratsvorsitzende/r	Mercedes-Benz AG Werk Berlin Marienfelde
Frank Ebeling	Betriebsratsvorsitzende/r	Novanta Medical GmbH
Dirk Wuestenberg	Betriebsratsvorsitzende/r	Otis ES
André Wienert	Betriebsratsvorsitzende/r	Siemens AG - MWB
Martin Streitberger	Betriebsratsvorsitzende/r	Siemens Energy Berlin Schaltwerk
Günter Augustat	Betriebsratsvorsitzende/r	Siemens Energy Global Berlin
Frank Kasischke	Betriebsratsvorsitzende/r	Siemens Mobility GmbH
Lydia Kenawi	Betriebsratsvorsitzende/r	Siemens Niederlassung Berlin
Nicole Hoffmann	Betriebsratsvorsitzende/r	SKF Lubrication Systems Germany GmbH
Markus Gierloff	Betriebsratsvorsitzende/r	Stadler Rail
Andreas Rogsch	Betriebsratsvorsitzende/r	Vodafone